



Reden

15.12.2011

Thema: Dringlichkeitsantrag Fall Gustl Mollath – Unterbringung Psychatrie

Florian Streibl (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein formaler Hinweis. Wir ändern unseren Antrag ein klein wenig; er lautet jetzt wie folgt:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz zu den geäußerten Vorwürfen in der Sendung "Report Mainz" vom 13. Dezember 2011 im Fall Gustl Mollath umfassend Stellung zu nehmen. Meine Damen und Herren, am Dienstagabend wurde im ARD-Magazin "Report Mainz" über den Fall Gustl Mollath berichtet. Der überaus schockierende Titel dieses Beitrags lautete: "Unschuldig in der Psychiatrie?" In dieser Sendung wurde folgende Äußerung gemacht - ich zitiere "Report Mainz": Dieser Mann, Gustl Mollath, durchlebt einen Albtraum. Er hält sich für unschuldig und sitzt dennoch hinter Gittern - genauer, seit mehr als fünf Jahren ist er eingeschlossen in psychiatrischen Anstalten. Wäre er unschuldig, wäre das ein Justizskandal ersten Ranges. Wir, das Parlament, haben die Aufgabe, zu kontrollieren und aufzuklären. Deswegen fordern wir mit unserem Dringlichkeitsantrag eine umfassende Aufklärung dieses Falles und der Vorwürfe, die dazu geäußert worden sind. Deswegen haben wir diesen Dringlichkeitsantrag gestellt. Wir freuen uns darüber, dass die SPD unseren Antrag mit einem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag flankiert und damit das Anliegen unterstützt. Zum Hintergrund: Im Jahr 2003 hat Herr Mollath gegen eine Bank und gegen seine Ehefrau wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung und des Verbringens von Schwarzgeld in die Schweiz Anzeigen erstattet. Er gibt an, dass seine Ehefrau mehrfach Kurierfahrten in die Schweiz getätigt habe, bei denen er sogar dabei war. Er habe seine Frau immer wieder dazu gedrängt, mit diesem Tun aufzuhören. Obwohl Herr Mollath detaillierte Angaben gemacht hat, wurde von der Staatsanwaltschaft nicht ermittelt mit dem Argument, dieser Vorwurf sei ein pauschaler Verdacht ohne konkrete Angaben. Auf eine Anfrage von Frau Margarete Bause hier im Plenum vom 29. November 2011 wurde geantwortet, es lägen keine konkreten Angaben vor. Es wurde nicht ermittelt. Stattdessen wurde gegen Herrn Mollath wegen des Verdachts der Körperverletzung ermittelt. Im Rahmen dieses Verfahrens wurde ihm Gemeingefährlichkeit attestiert. Im Urteil wird darauf eingegangen, dass die Schwarzgeldverschiebungen, von denen er spricht, Teil eines paranoiden Gedankensystems seien. Dies sei der Grund dafür, dass er als gemeingefährlich eingestuft wurde. In der Sendung "Report Mainz" berichtet ein ehemaliger Schöffe, der an dem Urteil gegen Mollath mitgewirkt hat, dass dieses Urteil aus seiner heutigen Sicht ein Fehlurteil gewesen sei. Ein Freund der Familie Mollath bestätigt in dieser Sendung mit einer eidesstattlichen Versicherung, dass Frau Mollath ihm auch Schwarzgeldverschiebungen in die Schweiz angeboten habe.

(Zwischenruf von der CSU: Sind wir hier die Judikative?)

- Hören Sie einfach zu! Das Thema ist zu ernst. Des Weiteren hat auch die Bank die Vorwürfe sehr ernst genommen. Sie bestätigt, dass die Ehefrau von Herrn Mollath weisungswidrig gehandelt habe, und entlässt sie deswegen aus dem Angestelltenverhältnis. Des Weiteren gibt es eine eidesstattliche Versicherung eines Richters, der sagt, dass Weisungen oder Anordnungen aus der Politik gekommen seien. Hier muss aufgeklärt werden. Frau Ministerin, deshalb fordern wir FREIE WÄHLER Sie auf, den Sachverhalt aufzuklären, dazu Stellung zu nehmen und dem Ausschuss darüber ausführlich zu berichten; denn die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, hierüber Klarheit zu bekommen. Es stehen folgende Fragen im Raum: Warum hat die Staatsanwaltschaft die Strafanzeige nicht verfolgt? Gab es in diesem Fall Einmischungen seitens der Politik? Warum nahm die Bank den Fall ernster als die Staatsanwaltschaft? Frau Ministerin, es ist Ihr Verantwortungsbereich. Sie müssen hier handeln. Seit wann wussten Sie über diesen Fall Bescheid? Seit wann kennen Sie die Anschuldigungen, die in "Report aus Mainz" erhoben worden sind? Seit wann wissen Sie von der eidesstattlichen Versicherung des Richters, der behauptet, hier habe sich die Politik eingemischt? Frau Ministerin, Sie sind aufgefordert, hier aufzuklären; denn es ist Ihr Haus, das Sie bestellen müssen. Sie müssen der Öffentlichkeit Rede und Antwort stehen. Bis jetzt fordern wir Sie nur auf, das zu tun - nicht mehr.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)